

Der neue Tag

Oberpfälzischer Kurier

Nummer 124

Dienstag, 31. Mai 1988

Einzelpreis 1 DM

Aids in der EG

Brüssel. (dpa) Die Zahl der registrierten Aids-Kranken in der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 1 872 oder rund 20 Prozent auf insgesamt 11 186 gestiegen. Bis Ende des nächsten Jahres könnte die Zahl der Kranken bereits mehr als 56 000 betragen, heißt es in einem Bericht über die Ausbreitung von Aids in der EG. Der Bericht steht im Zentrum von Beratungen der EG-Gesundheitsminister am heutigen Dienstag in Brüssel und wurde im Auftrag der Gemeinschaft vom Institut für afrikanische und tropische Krankheiten in Paris erstellt.

Mit 65 Kranken pro eine Million Einwohner liegt Frankreich in der EG-Statistik weit vorne, gefolgt von Dänemark (51), den Niederlanden und Belgien (je etwa 33), der Bundesrepublik Deutschland (31), Italien (30) und Spanien (29), Großbritannien und Luxemburg (je 25), Portugal, Griechenland und Irland (je etwa 10). In den USA freilich liegt der Anteil der Aids-Kranken schon bei 250 pro Million Einwohner.

Vorsichtig erhöhen

Ziel der FDP bei Verbrauchssteuer

Bonn. (dpa) Die FDP setzt sich bei der Steuerreform für eine „vorsichtige, spezifische Verbrauchsteuer-Erhöhung“ ein mit dem Ziel, den Arbeitnehmern eine ausreichende Nettoentlastung zu vermitteln.

Zu der anhaltenden Diskussion über eine mögliche Erhöhung der Mineralölsteuer sagte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann in Bonn, die FDP lehne eine „uferlose“ Verbrauchsteuer-Erhöhung ab, die möglicherweise zur Finanzierung anderer Aufgaben benutzt werde.

Die Steuerpolitik wird Teil der „Wiesbadener Erklärung“ sein, die als „Reformbilanz und -ausblick für die 90er Jahre“ dem Bundesparteitag vom 7. bis 9. Oktober vorgelegt wird. Ein Schwerpunkt wird auch die Beschäftigungspolitik sein.

Guggemos wirft das Handtuch

Juso-Vorsitzender verzichtet auf Wiederwahl

Bonn. (dpa) Der Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD, Michael Guggemos, wirft das Handtuch. Wie Guggemos in Bonn erklärte, wird er bei dem Juso-Bundeskongress vom 17. bis 19. Juni in Karlsruhe nicht für eine Wiederwahl kandidieren.

Der 30-jährige Politikstudent, der den gemäßigten Flügel vertritt, war vor zwei Jahren in Hagen zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Einzige Kandidatin für die Nachfolge ist bislang die 23-jährige Doris Ahnen, die dem undogmatischen Spektrum um die Zeitschrift „Sozialistische Praxis“ zugerechnet wird.



MINDESTENS ZWANZIG MENSCHEN starben bei der Explosion einer Autobombe im Ostteil Beiruts. Der Druck der Detonationswelle war so stark, daß selbst in einer Entfernung von einem halben Kilometer noch Fensterscheiben zu Bruch gingen. Funkbild: dpa/epa

Autobombe verwüstet Stadtteil Beiruts

Mindestens 20 Menschen bei Explosion auf belebter Geschäftsstraße getötet

Beirut. (dpa) Bei der Explosion einer Autobombe im überwiegend von Christen bewohnten Ostteil Beiruts sind am Montag mindestens 20 Menschen getötet und etwa hundert verletzt worden. Die libanesischen Polizei befürchtete noch mehr Todesopfer, weil viele Schwerverletzte kaum überleben würden.

Das libanesisches Rote Kreuz rief die Bevölkerung über Rundfunk und Lautsprecher zu Blutspenden auf. Der in einem Auto deponierte Sprengkörper explodierte in den Morgenstunden auf einer belebten Geschäftsstraße, in der Nähe des St. Georges-Krankenhauses im östlichen Vorort Achrafieh. „Die Straße war übersät mit Glassplittern, Metallstücken und abgerissenen menschlichen Gliedmaßen“, sagte ein Polizist. „Wir wußten nicht, welche Teile zu welchem Körper gehörten.“

Die Explosion war nach Augenzeugenberichten so stark, daß noch einen halben Kilometer weiter Fensterscheiben zu Bruch gingen. In der

Moskau mißbilligt Reagans Menschenrechtskampagne

Dennoch Fortschritte in Sachfragen beim Gipfel in Sowjetunion

Moskau. (dpa) Die Sowjetunion hat mißbilligend auf die Kampagne des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan für eine stärkere Demokratisierung der UdSSR reagiert, die der 77jährige Politiker bei einem Treffen mit Dissidenten und einem Klosterbesuch am Montag verstärkt hat. Parallel dazu zeichneten sich jedoch am zweiten Tag des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Moskau bestimmte Fortschritte in Sachfragen der Abrüstungsverhandlungen ab.

Haupthindernisse für den Abschluß eines START-Vertrages über die 50prozentige Verringerung weitreichender Nuklearwaffen noch in diesem Jahr sind nach Darstellung des sowjetischen Sprechers Gennadi Gerassimow die Meinungsverschiedenheiten über die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA und die seegestützten Cruise missiles (Marschflugkörper).

Abrüstungsverhandlungen kommen voran

Dagegen gebe es „bestimmte Fortschritte“ bei den luftgestützten Cruise missiles und den mobilen Interkontinentalraketen. Es gebe ferner eine „große Chance“, sich auf eine Vereinbarung über die vorherige Unterrichtung über Raketenstarts auch auf dem jeweils eigenen Territorium zu verständigen. Gerassimow unterstrich das anhaltende Interesse der UdSSR an einem Vertragsabschluß noch vor Ablauf der Reagan-Amtszeit am 19. Januar 1989.

Der US-Präsident, der am Montag Parteichef Michail Gorbatschow zu einem zweiten, eindreiviertel Stunden langen Gespräch unter Beteiligung der Spitzenberater im Katharinenaal des Kreml traf, warb bei einem Besuch des Danilow-Klosters für einen Religions-„Frühling“

und ein „neues Zeitalter der Religionsfreiheit“ in der Sowjetunion.

Reagan hält Rede vor 50 Bürgerrechtlern

In einer Rede vor rund 50 Bürgerrechtlern und ihren Familien hob Reagan die Verbesserungen in der Sowjetunion in den vergangenen zwei Jahren hervor. Die UdSSR erfülle die Menschenrechts-Charta aber immer noch nicht. Er hoffe auf eine Zeit, in der niemand mehr für ein „gesprochenes oder geschriebenes Wort“ Gefängnisstrafen befürchten müsse.

Gerassimow erklärte, Reagan habe sich dafür entschieden, „mit ausgewählten sowjetischen Bürgern“ zu sprechen, die „nicht das Beste der sowjetischen Gesellschaft sind, eher das Gegenteil“. Unter den eingeladenen Gästen in der Residenz des amerikanischen Botschafters, dem Spaso-Haus, befanden sich der Chefredakteur der inoffiziellen Publikation „Glasnost“, Sergej Grigorians, der religiöse Aktivist Alexander Ogorodnikow und die Familie des armenischen Nationalistenführers Paruir Airikjan, der während der Unruhen im vergangenen Monat verhaftet wurde.

In einem Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur TASS hieß es, es wäre „naiv, so zu tun, als werde das Problem (der Menschenrechte) von Moskau übersehen, während Washington dem Kreml Vorschriften macht, was er zu tun habe. Das ist nicht so.“ TASS bezeichnete es als einzig mögliches Prinzip in diesem Bereich, „sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen...“

Auch am zweiten Tag „nette“ Begegnung

Gerassimow und der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, gaben zu verstehen, daß der Gegensatz bei den Menschenrechten nicht die Atmosphäre der Begegnung Gorbatschows mit Reagan verschlechterte. Es habe sich um eine „angenehme und offene Diskussion“ gehandelt, sagte Fitzwater. Gerassimow sprach von einer „sachlichen Atmosphäre“. Die Begegnung am Montag sei „nett“ gewesen, „nicht anders als gestern“.

Zur Sprache kamen bilaterale Angelegenheiten wie die von beiden Seiten befürwortete Verstärkung des Jugendaustausches und Abrüstungsfragen wie SDI. Reagan hat nach Angaben Fitzwaters sein Festhalten an dem Programm eines weltraumgestützten Verteidigungssystems betont. (Siehe auch Blickpunkt)

Algenteppich zieht weiterhin tödliche Spur

Kein Ende der Umweltkatastrophe in der Nord- und Ostsee – 300 Robben tot – Greenpeace-Blockade

Kopenhagen. (dpa) Ein Ende der Umweltkatastrophe in Nord- und Ostsee ist noch nicht abzusehen: Das Seehunde- und Fischsterben an den dänischen Küsten ging auch am Montag weiter. Zugleich breiteten sich die für die Meereswelt giftigen Algenteppiche bis nach Westnorwegen aus. Betroffen sind mittlerweile in verschiedenen hohen Konzentrationen das gesamte Kattegat bis zur Nordküste Seelands, das gesamte Skagerrak im Norden Dänemarks und die norwegische Küste bis Bergen.

Angesichts dieses Naturdesasters forderten Umweltverbände einen sofortigen Stopp aller Schadstoffeinträge in Nord- und Ostsee. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace protestierte mit einer Schiffsblockade gegen das Robbensterben.

Inzwischen sind an dänischen Küsten knapp 300 Seehunde verendet gefunden worden. Wie das Amt für Wald- und Naturschutz in Kopenhagen am Montag mitteilte, lagen davon 39 Tiere an der Nordseeküste nördlich der Grenze zur Bundesrepublik. Der größte Teil der an Lungentzündung gestorbenen Seehunde sei im Kattegat (Ostsee) angeschwemmt worden.

Todesursache wahrscheinlich Herpesvirus

Wissenschaftler wissen für das Seehundesterben noch keine Erklärung. Als wahrscheinlichste, aber noch nicht endgültige nannte ein Sprecher des Amtes für Wald- und Naturschutz in Kopenhagen das Auftauchen des Herpesvirus. Gegen dieses hätten die zur Familie der Robben gehörenden Tiere noch keine Abwehrstoffe bil-

den können. In dänischen Labors werde weiter an der Identifizierung des Virus gearbeitet.

Eine mögliche weitere Gefahr für den Bestand der Seehunde besteht nach Expertenmeinung durch die zunehmende Ausbreitung der für Fische tödlichen Algen. Ein Massensterben der Fische hätte akuten Nahrungsmangel für die Seehunde zur Folge.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace protestierte im niedersächsischen Nordenham mit der Blockade eines Säuretankers gegen das Robben- und Fischsterben. Greenpeace sieht „unverantwortliche Schadstoffeinträge“ als Ursache für den Tod der Tiere an. Jetzt herrsche ein „akuter Notstand“. Das Deutsche Hydrographische Institut (DHI) in Hamburg wurde aufgefordert, alle Verklappungs- und Verbrennungsschiffe auf See zurückzubehalten und sämtliche Genehmigungen aufzuheben.

Sofortmaßnahmen auf diesem Gebiet forderte auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Geschehen diese nicht,

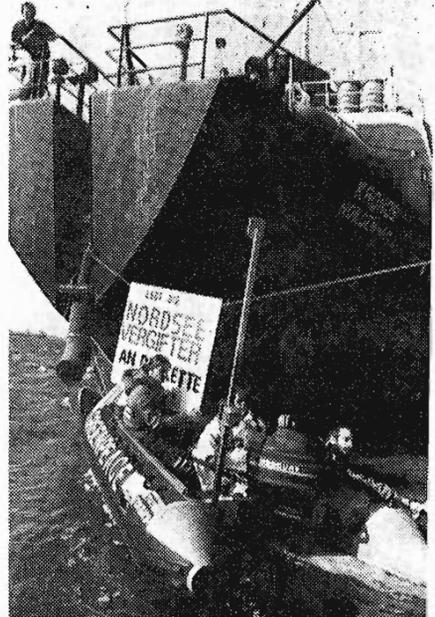
„können wir nur noch hilflos zusehen, wie sich die Meere in eine giftige Schlammbrühe verwandeln, in der alles Leben erstickt“, warnte der BUND-Vorsitzende Hubert Weinzierl. „Hier wird zum ersten Mal sichtbar, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist.“

Töpfer plant Sonderkonferenz mit Anliegern

Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) plant eine Sonderkonferenz mit Vertretern der skandinavischen Nord- und Ostsee-Anliegerstaaten sowie der weiteren Mitgliedsländer der Nordseeschutzkonferenz für den Fall, daß das Robbensterben in der Nordsee anhält und die giftigen Algen weiter vordringen. Wie seine Sprecherin Marlene Mühe am Montag weiter mitteilte, soll dieses Treffen gegebenenfalls schon in den nächsten Tagen stattfinden.

Töpfer hatte sich am Sonntag vor Ort an der Nordseeküste ein Bild vom anhaltenden Robbensterben gemacht und zusätzliche Anstrengungen zur Untersuchung der Ursachen angekündigt. Wie seine Sprecherin berichtete, hat er inzwischen auch Kontakt mit der zuständigen schwedischen Ministerin aufgenommen. Auch mit den Ministerpräsidenten der deutschen Küstenländer will Töpfer in Kürze sprechen.

(Siehe auch Weltgeschehen)



EIN GREENPEACE-SCHLAUCHBOOT hat ein Verklappungsschiff der Kronos-Titan-Werke in Nordenham aus Protest gegen deren Umweltverschmutzung „an die Kette gelegt“. Funkbild: dpa